



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schießl-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
claudia.kirmeyer@lra-
ed.de

Erding, 08.02.2012
Az.:

33. Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.2011

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Gotz, Maximilian

Kellermann, Otto

i.V.v. Huber, Martin

Lackner, Helmut

Meister, Michaela

Peis, Hans

i.V.v. Knur, Herbert

Scharf, Ulrike

Schmidt, Horst

Schwimmer, Hans

i.V.v. Schwimmer, Jakob

Sterr, Josef

Treffler, Stephan

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin

Fischer Heinz

Wirth Harald zu TOP 1

Helfer Helmut zu TOP 4

Kirmeyer Claudia (Protokoll)

Centner Christina

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Stadt Erding - Information zur Großen Kreisstadt; Auswirkungen auf den Landkreis
Vorlage: 2011/0961
2. Kreisorgane
Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 2011/0970
3. Ehrenamtskarte im Landkreis Erding
Vorlage: 2011/0972
4. Haushaltswesen
Haushaltsberatung 2012
Vorlage: 2011/0969
5. Bekanntgaben und Anfragen
 - 5.1. Änderung des Kreisausschussbeschlusses vom 14.03.2011
Vorlage: 2011/0973
 - 5.2. Anfrage von KR Schmidt wegen Verschiebung von Sitzungsterminen



LANDKREIS
ERDING

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.2011

1. Stadt Erding - Information zur Großen Kreisstadt; Auswirkungen auf den Landkreis Vorlage: 2011/0961

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende berichtet, dass es bezüglich der Großen Kreisstadt Erding zur Vorbereitung eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern von Stadt Erding und Landratsamt gegeben hat. Auf Landratsamtsseite bedeutet die Umstellung zum 01.01.2013 eine Personalreduzierung in Höhe von 5,3 Vollzeitstellen. Angesichts der Gesamtzahl der Mitarbeiter des Landratsamtes von über 500 ist diese Zahl in Relation zu bewerten. In erster Linie geht es um die Bereiche Bauverwaltung und Bautechnik des staatlichen Landratsamtes mit jeweils einem Verwaltungsangestellten sowie die Bereiche Bausekretariat und die Baukontrolle, Wasserrecht, Gaststättenrecht und Gewerberecht. Der Verlust ist mit generell besetzten Stellen zu bewerkstelligen.

Herr Fischer führt aus, dass auf Grund des Stadtratsbeschlusses eine Befassung des Kreistages mit der Thematik erforderlich ist. Mit dem heutigen Tagesordnungspunkt werden die Kreisräte über die Angelegenheit informiert. Die Stadt Erding erfüllt die Voraussetzungen für die Erhebung zur Großen Kreisstadt, d.h. 30.000 Einwohner und die entsprechende Leistungs- und Verwaltungskraft. Der Landkreis ist in seinem eigenen Wirkungskreis zwar nicht betroffen, die Erhebung hat aber Auswirkungen auf den Personal- und Sachaufwand und das zugeteilte staatliche Personal. Auf der Einnahmenseite entfallen durch die Erhebung Erding zur Großen Kreisstadt zukünftig Verwaltungsgebühren die z. B für Baugenehmigungen erhoben werden. Es wird auch ein entsprechender Anteil der Grunderwerbssteuer nicht mehr an den Landkreis fließen, sondern an die Stadt Erding zur Erfüllung der Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis.

Kreisrat Schmidt fragt, ob nur staatliches Personal von der Erhebung zur großen Kreisstadt betroffen ist. Falls auch eigenes Personal betroffen ist, sollen bestimmte Aufgaben im Bereich Bau und Planung noch einmal näher betrachtet werden, da das Personal in diesem Bereich zur Zeit ganz erhebliche Aufgaben wahrnimmt. Viele Projekte sind mit zusätzlichen Planern oder Gutachtern bestückt. Vielleicht kann das eigene Personal solche Aufgaben selbst bewältigen.

Der Vorsitzende hält ein solches Verfahren grundsätzlich für denkbar, die Personalabteilung stellt sicher auch derartige Überlegungen an. Der Bereich Kreisliegenschaften wird aber wohl nicht mit Verwaltungspersonal besetzt, weil es um die rechtliche Beurteilung von Bauanträgen geht. Es werden eher Architekten benötigt, die bei Baumaßnahmen die Abwicklung der Projekte übertragen bekommen. Es gibt vier Baubereiche, einer davon war bisher ausschließlich für die Stadt Erding zuständig, mit Bausekretariat und Baukontrolleuren bedeutet das eine Reduzierung von insgesamt 2,5 Stellen. Eventuell können sich die Mitarbeiter zukünftig der gleichen Aufgabe im Rathaus der Stadt Erding widmen. Darüber laufen bereits Gespräche mit dem Bürgermeister der Stadt Erding.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schwimmer stellt fest, dass die Kommunen im Landkreis ebenfalls wachsen, die Mitarbeiter können auch übernommen werden. Im Bereich Wasserrecht sind Spezialisten vorhanden, dieser wächst auch ständig z. B. beim Thema Abwasser. Er möchte wissen, ob vor dem Hintergrund der Landkreisentwicklung das Personal nicht bleiben kann.

Der Vorsitzende merkt an, dass der Landkreis Erding seit Jahren hinsichtlich der Einwohnerzahl wächst. Bezüglich der Zahl der Stellen wurde nicht aufgestockt sondern auf gleichbleibendem Niveau die Arbeit erledigt. Künftig werden eventuell zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das bedeutet aber zusätzliche Kosten.

Kreisrat Kellermann möchte wissen, ob die nicht mehr benötigten Mitarbeiter um ihren Arbeitsplatz bangen müssen oder anderweitig eingesetzt werden können.

Der Vorsitzende geht von einer Fluktuation aus, z. B. durch Versetzungen in den Ruhestand oder Arbeitsplatzwechsel. Mit dem bestehenden Personal werden die Stellen nachbesetzt. Eventuell wird ein Teil der Mitarbeiter durch den Aufbau von parallelen Strukturen auch im Rathaus anstatt im Landratsamt beschäftigt. Es werden nach wie vor Mitarbeiter für die anderen Bereiche des Landkreises Erding benötigt.

Herr Wirth ergänzt, dass die Ausbildung im Verwaltungsbereich als Generalist angelegt ist. Es können hausinterne Umschichtungen erfolgen. Betriebliche Kündigungen sind nicht angedacht.

Kreisrat Gotz erklärt, dass durch die Einrichtung der Arbeitsgruppe von Landratsamt und Stadt Erding eine solche Entwicklung verhindert wurde. Es sollen keine Parallelstrukturen aufgebaut werden, das wäre nicht Wunsch der Bürger und wäre auch vom Stadtrat nicht in dieser Einstimmigkeit mitgetragen worden. Momentan wird die Stellungnahme des Ministeriums abgewartet, danach sollen gemeinsam weitere Maßnahmen beschlossen werden. Sehr gerne würde er auf den Sachverstand der Mitarbeiter des Landratsamtes, die für die Stadt Erding da waren, zurück greifen. Es gibt für das Ministerium eigentlich keinen Grund, dem Antrag der Stadt Erding nicht zuzustimmen weil sorgsam mit den Mitarbeitern und den mit der Erhebung verbundenen Chancen umgegangen wurde.

Kreisrat Sterr hält die Klarstellung von Bürgermeister Gotz für wichtig, weil man sonst denken könnte, es würden unnötige Parallelstrukturen aufgebaut. Nachdem die Arbeitsgruppe sowohl mit Mitarbeitern von der Stadt Erding als auch vom Landkreis Erding besetzt wurde, gibt es mit der Erhebung der Stadt Erding zur großen Kreisstadt wohl keine Probleme.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

2. Kreisorgane Neubesetzung von Ausschüssen Vorlage: 2011/0970

Der Vorsitzende erklärt, dass sich durch die Fraktionsaustritte der Kreisräte Knur und Haindl aus der CSU Neubesetzungen in Kreistagsausschüssen und anderen Vertretungsorganen ergeben. Dabei handelt es sich um ein ordentliches Mitglied im Kreisausschuss, ein ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bauen und Energie, das 2. stellvertretende Mitglied im Kreisausschuss als Vertretung von Kreisrätin Scharf und das 2. stellvertretende Mitglied im Ausschuss für Bauen und Energie als Vertretung von Kreisrat Vogl.

Kreisrat Peis berichtet, dass die CSU – Fraktion die Ausschussmitglieder bis zur Kreistagssitzung am 15.12.2011 benennen wird.

Herr Fischer erklärt, dass die Fraktion noch nicht schriftlich benachrichtigt wurde, weil die Kreisräte ihren Sitz verloren haben. Das Verfahren läuft umgekehrt zum normalen Ablauf. Die Berechnung ist nach Hare-Niemayer erfolgt, es ergibt sich keine Änderung der Mehrheitsverhältnisse. Bei der Sitzverteilung mit 30 Sitzen für die CSU errechnen sich im ersten Zuteilungsschritt 6 Sitze für die CSU, 1 Sitz für die SPD, 1 Sitz für die FW und 1 Sitz für die Grünen. Im 2. Zuteilungsschritt, bei dem Bruchteile berechnet werden, folgt ein zweiter Sitz für die SPD (0,8), ein Sitz für die ödp (0,8) und ein Sitz für die Republikaner (0,6). Bei der Neuberechnung erhält die CSU nur noch 28 Sitze. Die Sitzverteilung bei den sonstigen Fraktionen bleibt gleich, zwei Kreisräte gehören dem Kreistag an, ohne Mitglied einer Fraktion zu sein. Im 1. Zuteilungsschritt entfallen auf die CSU 5 Sitze, und jeweils 1 Sitz für SPD, FW und Grüne. Im 2. Zuteilungsschritt erhält die CSU (0,6) den 6. Sitz, die SPD (0,8) den 2. Sitz, die ödp erhält mit 0,8 einen Sitz, die Republikaner mit 0,6 ebenfalls einen Sitz. In der Gesamtzahl verändert sich bei der Zuteilung also nichts.

Der Vorsitzende erklärt, dass nach der heutigen Feststellung die CSU-Fraktion gebeten wird, entsprechende Vorschläge für die Nachbesetzung der beiden Ausgeschiedenen vorzunehmen. Daraufhin verliest er folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0198-14

1. Die Auswirkungen des Fraktionsaustritts der Kreisräte Knur und Haindl aus der CSU Fraktion auf die Besetzung von Kreistagsausschüssen und anderen Vertretungsorganen werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Kreistag wird empfohlen, die von der CSU-Kreistagsfraktion bis zur Kreistagssitzung zu benennenden, ordentlichen und stellvertretenden Ausschussmitglieder zu bestellen.

Im Einzelnen sind dies:

- ein ordentliches Mitglied im Kreisausschuss



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

- ein ordentliches Mitglied im Ausschuss Bauen und Energie
- das zweite stellvertretende Mitglied im Kreisausschuss, als Vertretung von Kreisrätin Scharf
- das zweite stellvertretende Mitglied im Ausschuss für Bauen und Energie, als Vertretung von Kreisrat Vogl.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

Der Vorsitzende ergänzt, dass auch die ödp Umbesetzungen vornehmen möchte. Im Kreistag kann aber kein Beschluss gefasst werden, wenn vorher kein Empfehlungsbeschluss gefasst wurde.

Kreisrat Treffler bedankt sich für den kurzfristigen Einschub des Themas. Es wäre gut, die beiden Punkte in der Kreistagssitzung gemeinsam abzuhandeln. Kreisrätin Bendl wünscht seit Langem eine Mitgliedschaft im Ausschuss für Bildung und Kultur. Nachdem ihr Mann bis vor Kurzem Leiter des Korbinian-Aigner- Gymnasiums Erding war, hat sie aber davon abgesehen. Jetzt hat sich die Situation geändert und daraus ergeben sich verschiedene Umbesetzungen. Er weist darauf hin, dass in der Beschlussvorlage nicht wie eingereicht eine Besetzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt mit Kreisrat Jobst, Kreisrat Trinkberger und Kreisrätin Bendl vermerkt ist. Er bittet, dies in der Kreistagssitzung zu berücksichtigen.

Daraufhin verliest **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0198-14

Dem Vorschlag der ÖDP-Kreistagsfraktion folgend, werden die Ausschüsse wie folgt besetzt:

Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt

Ordentliches Mitglied: Karl Heinz Jobst

Stellvertreter: Helmut Trinkberger

weiterer Stellvertreter: Roswitha Bendl

Ausschuss für Bauen und Energie

Ordentliches Mitglied: Helmut Trinkberger

Stellvertreter: Karl Heinz Jobst

weiterer Stellvertreter: Stephan Treffler

Ausschuss für Bildung und Kultur

Ordentliches Mitglied: Roswitha Bendl

Stellvertreter: Stephan Treffler

weiterer Stellvertreter: Karl Heinz Jobst

Kreisausschuss

Ordentliches Mitglied: Stephan Treffler

Stellvertreter: Roswitha Bendl

weiterer Stellvertreter: Helmut Trinkberger

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

3. Ehrenamtskarte im Landkreis Erding Vorlage: 2011/0972



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Vorlagebericht. In dem Antrag der ödp- Fraktion stand, dass der Kreistag beschließen möge, eine Fachstelle für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Die Fachstelle gibt Anträge für die Bayerische Ehrenamtskarte aus, nimmt die Anträge entgegen, prüft sie nach den Kriterien des Freistaats Bayern und verleiht schließlich die Ehrenamtskarte an Landkreisbürger, die sich im Sozialbereich, im Sport und in der Musik ehrenamtlich engagiert haben. Außerdem gewinnt die Fachstelle weitere Akzeptanzstellen und Partner auf Landkreisebene zusätzlich zu denen des Freistaats und des Landkreises. Das Thema ist bereits auf Grund des Schreibens von Staatssekretär Sackmann bei einer Bürgermeisterdienstbesprechung diskutiert worden. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass neben der Ehrenamtskarte auch eine Freiwilligenagentur geschaffen werden könnte, eine Einführung macht nur Sinn, wenn auch die Gemeinden beteiligt sind. Gerade die Bürgermeister leisten aber für den Ehrenamtsbereich sehr viel. Das Ehrenamt soll als solches dargestellt werden und nicht zusehends in den hauptamtlichen Bereich gerückt werden. Die Einführung der Ehrenamtskarte wird von den Bürgermeistern abgelehnt. Der Arbeitsumfang beträgt 10 – 15 Stunden pro Woche, die Personalkosten etwa 12.500 € pro Jahr. Die Sachkosten bewegen sich in Höhe von ca. 600 € pro Jahr. Diese Werte beruhen auf der Erfahrung anderer Landkreise. Es ist nicht damit getan, die Karte einmalig auszugeben, die Situation muss immer wieder überprüft werden. Von den Vereinen müssen z.B. Bestätigungen über das Engagement des Inhabers der Ehrenamtskarte eingeholt werden etc. Der Verwaltungsaufwand ist nicht unerheblich.

Kreisrat Peis betont, dass das Ehrenamt in den Gemeinden eine sehr wichtige Stelle einnimmt. Die Gemeinden leben von bürgerschaftlichem Engagement vor allem in Vereinen und anderen Institutionen. Die Gefahr einer zunehmenden Institutionalisierung des Ehrenamts besteht. Wenn eine Koordinierung von einer Zentralstelle erfolgt, werden viele Dinge auf diese Institution abgeschoben und der Personalaufwand wird sehr hoch. Auf der anderen Seite wird die Bereitschaft, sich zu engagieren geringer, wenn es ein zweigleisiges System mit Koordinierung durch den Landkreis und Förderung durch die Gemeinden gibt. Natürlich ergibt sich durch die Einführung der Ehrenamtskarte ein gewisses Potential, z. B. Personen, die sich bisher nicht in Vereinen betätigen. In Zukunft soll dahingehend weiter sensibilisiert werden. Das ist aber seiner Meinung nach nicht durch die Schaffung einer Fachstelle möglich, die zudem den Kreishaushalt belastet. Unabhängig davon sollen das Engagement und die Arbeit im Ehrenamt auch weiterhin honoriert werden, von der Gesellschaft geachtet und von den Politikern betont werden. Am besten ist das Ehrenamt direkt bei den Vereinen und Organisationen aufgehoben weil dort der Kontakt zu den Menschen besteht.

Kreisrat Treffler argumentiert, dass sich durch die Schaffung einer Fachstelle am bürgerschaftlichen Engagement nichts ändert. Für Menschen, die sich besonders engagieren, wird eine besondere Honorierungsmöglichkeit geschaffen. Das Ehrenamt ist wichtig, es bindet Menschen ein, auch für diejenigen, die ein Ehrenamt leisten, wirkt es sinnstiftend und



trägt zur Gesunderhaltung bei. In einer Wachstumsregion können soziale Bindungen immer schwerer aufrechterhalten werden, deshalb ist das Ehrenamt hier besonders wichtig. Es ist nicht sicher, ob sich die Investitionen für die Ehrenamtskarte mit den Beträgen rechnen, die bei der Jugendhilfe vielleicht eingespart werden. Wenn Jugendliche in Sinnlosigkeit abdriften, trägt die Kosten später der Landkreis.

Der Vorsitzende merkt an, dass es bereits eine Ehrenamtsbörse gibt. Die Ehrenamtskarte ist eine weitere Anerkennung für das Geleistete. Diese Anerkennung erfolgt aber bereits. Wenn es keine Ehrenamtskarte gibt, heißt das nicht, dass auch nur eine einzige ehrenamtliche Stunde nicht geleistet wird. Der Nachwuchskräftepool im Landratsamt beschäftigt sich seit einiger Zeit intensiv mit dem Thema Ehrenamtsbörse, z. B. im Bereich der Jugendhilfe. Eine Ehrenamtskarte bietet z. B. vergünstigte Eintritte, die Leistung wird aber auch ohne die Karte erbracht.

Kreisrat Schmidt denkt, dass das Ehrenamt Anerkennung braucht. Die Gemeinden und der Landkreis engagieren sich dafür in den unterschiedlichsten Formen, z. B. mit der Vergabe des Kulturpreises, die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, Umweltpreise etc. Mit der Bayerischen Ehrenamtskarte soll das Ehrenamt noch einmal auf eine höhere Stufe gestellt werden. Die Überlegungen der Bayerischen Staatsregierung sind aber zu kurz gegriffen. Eine Einführung ohne die Bereitstellung der notwendigen Mittel ist zu wenig fundiert. Die Arbeit der Kommunen kann an verschiedenen Stellen verstärkt werden, das Interesse ist jedoch groß, die Förderung des Ehrenamts dort zu belassen. Die Ehrenamtsbörse kann an dieser Stelle sehr gut weiterhelfen, vielleicht kann auch über das Internet und soziale Netzwerke mehr Werbung betrieben werden. Unabhängig davon kann überlegt werden, ob der Landkreis nicht einen Ehrenamtspreis als zusätzliche Gelegenheit der Anerkennung vergeben sollte.

Der Vorsitzende ergänzt, dass bei den Verleihungen der Ehrenzeichen des Ministerpräsidenten immer die Möglichkeit besteht, auf Vorschlag der Vereine Leute auszuzeichnen. Die in Frage kommenden Personen haben sich höchste Verdienste erworben und werden in der Regel in einer öffentlichen Veranstaltung geehrt.

Kreisrat Kellermann meint, dass das Ehrenamt hochgehalten werden muss. Er spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus. Er hält es für schwierig, einen Nachweis auf Leistung der ehrenamtlichen Stunden zu erbringen. Zum anderen können die Investitionskosten an anderer Stelle gut angelegt werden.

Kreisrat Gotz sieht die Realität im Ehrenamt weit entfernt von dem Antrag der ödp- Fraktion. Er hält es für fragwürdig, wie ein Nachweis für 250 Stunden ehrenamtlich geleistete Arbeit erbracht werden kann. Seiner Meinung nach wird dem Ehrenamt durch die Ausstellung der Ehrenamtskarte kein Dienst erwiesen. In vielen Bereichen wird auch eine Entlohnung bezahlt. Mit dem Antrag wird über das Ziel hinausgeschossen, in seinen Augen ist er sehr populistisch.

Kreisrat Lackner berichtet, dass in den 60 Vereinen seiner Gemeinde sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird. Er hält es für kontraproduktiv,



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

wenn der Landkreis eine entsprechende Fachstelle schaffen würde. Im Januar findet in seiner Gemeinde z. B. ein Neujahrsempfang zu Gunsten der Ehrenamtlichen statt. Die Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamts sollten auf kommunaler Ebene verbleiben. Zudem erfordert es großen Einsatz, den Kreishaushalt in diesem Jahr in geregelte Bahnen zu bekommen, es sollten deshalb keine zusätzlichen Belastungen geschaffen werden.

Kreisrat Treffler führt aus, dass eine Ehrenamtskarte zu mehr Ehrenamtlichen führen oder das Engagement verlängern würde.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0199-14

Der Antrag auf Einführung einer Ehrenamtskarte wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 1 Stimmen**
(Gegenstimme: Kreisrat Treffler)

4. Haushaltswesen **Haushaltsberatung 2012** **Vorlage: 2011/0969**

Der Vorsitzende erklärt, dass in den jeweiligen Ausschüssen bereits umfassende Vorberatungen durchgeführt wurden. Die entsprechenden Änderungen liegen den Ausschussmitgliedern vor. Der vorliegende Haushaltsentwurf hat ein Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt von 111.255.000 €, im Vermögenshaushalt von 6.830.000 €. Das Gesamtvolumen des Haushaltes beträgt somit 118.085.000 €. Das Volumen des Verwaltungshaushaltes steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 5.371.000 €, das sind 5,07 %. Das Volumen des Vermögenshaushaltes verringert sich auf Grund der bereits fertig gestellten Baumaßnahmen von 12.296.000 € um 44,45% auf 6.830.000 €. Die vom statistischen Landesamt veröffentlichte vorläufige Umlagekraft beträgt 108.359.445 €, das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1,69 %. Die Einnahmen aus der Kreisumlage erhöhen sich bei gleichem Hebesatz wie 2011 aufgrund der höheren Umlagekraft um 983.405 €. Durch die höhere Umlagekraft ist aber auch ein höherer Anteil an Bezirksumlage zu leisten. Zudem erfolgt eine Erhöhung der Bezirksumlage um 1,1 %, insgesamt ein Betrag von 1.619.521 €. Das bedeutet insgesamt eine Mehrbelastung von etwa 650.000 €. Bei der Schätzung des Grundbetrages in den Schlüsselzuweisungen wurde der tatsächlich bewilligte Betrag aus dem Jahr 2011 angenommen, also 11.616.000 €. Jetzt gibt es eine Änderung bei den Landkreisschlüsselzuweisungen, die besonders finanzschwächere Landkreise betrifft. Auch der einbezogene Demografiefaktor wirkt sich in diesem Fall nicht positiv aus, der Landkreis hat eine der jüngsten Bevölkerungen Deutschlands. Daher muss wohl mit einem geringeren Betrag gerechnet werden. Auch finanziell gesehen ist der Landkreis Erding im Vergleich zu anderen Landkreisen gut aufgestellt. Die notwendige Kreisumlage zur Finanzierung der Zuführung an den Vermö-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

genshaushalt beträgt 1.498.000 €, im Vergleich zu 3,8 Mio. € im Vorjahr. Das entspricht gerundet 58,71 %. Im Jahr 2011 konnte als Sondereffekt eine Rücklagenentnahme von 3.893.000 € genutzt werden, für den kommenden Haushalt wird mit einer Entnahme von 2.553.000 € gerechnet. Die Kreisumlage liegt dann mit entsprechenden Einsparungen bei 61.060.547 €, also 56,35 %. Dem Landkreis verbleiben in diesem Fall Mehreinnahmen in Höhe von 1.357.698 €. Die vom Ausschuss für Bildung und Kultur empfohlenen Einsparungen bzw. Verschiebungen sind hier bereits berücksichtigt, nicht jedoch die Einsparungsvorschläge des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt sowie des Ausschusses für Bauen und Energie. Mehrausgaben ergeben sich durch eine Steigerung bei den Personalkosten in Höhe von 1.024.760 €, zusätzliche Ausgaben für Sachkosten in der Jugendhilfe in Höhe von 350.000 €, eine Kostensteigerung beim Bildungs- und Teilhabepaket von 789.000 € sowie in der Sozialhilfe um 171.250 €. Neben der Erhöhung der Bezirksumlage steigen auch die Ausgaben für Gastschulbeiträge um 314.250 €, die Energiekosten um 78.750 €, der Betriebskostenzuschuss für den ÖPNV erhöht sich um 460.400 €. Die Mehrausgaben für die Schulausstattung steigen um 24.550 €, bei den Straßenmeistereien/Winterdienst gibt es eine Steigerung um 61.000 € und die Kosten für die Schülerbeförderung steigen um 365.500 €. Für den Ausgleich des Fehlbetrags am Kreiskrankenhaus für das Jahr 2010 muss 1 Mio. € bereit gestellt werden, sowie eine Reserve von 1 Mio. €, die bei Gründung des Kommunalunternehmens als Rückstellung gebildet wurde. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 1.889.677 €. Im Bauunterhalt gibt es Mehrkosten in Höhe von 175.320 €, allein für die Schulen werden Ausgaben von 3.072.600 € bei einem Gesamtvolumen von 3.500.200 € getätigt. Dies setzt einen klaren Schwerpunkt für die Schulen, neben Straßen und dem ÖPNV. Der Ansatz für das Jahr 2011 bei den Schlüsselzuweisungen war zu hoch, tatsächlich waren die Einnahmen um 288.000 € geringer. Dem stehen Minderausgaben bei Zahlungen an den Rettungszweckverband in Höhe von 56.000 € und ein geringerer Fehlbetragsausgleich an die Wohnungsbaugesellschaft mit 39.370 € weniger gegenüber. Des Weiteren können auch die Ausgaben für die Grundsicherung um 289.950 € reduziert werden. Eine Mehreinnahme in Höhe von 1.049.480 € ergibt sich bezüglich des SGB II Hartz IV, die den Mehrausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket gegenübersteht. Insgesamt ergeben sich so Mehreinnahmen von ca. 250.000 €. Zudem reduzieren sich die Zinszahlungen an Kredite um 74.300 €, dem Vermögenshaushalt wird um 2.305.500 € weniger zugeführt. Für den Vermögenshaushalt ist keine Kreditaufnahme vorgesehen, größere Maßnahmen betreffen das Landratsamtsgebäude mit Ausstattung des großen Sitzungssaals in Höhe von 70.000 €, das Gymnasium Dorfen mit 100.000 € an Planungskosten, das Korbinian- Aigner-Gymnasium mit 90.000 €. Für die FOS/BOS werden 118.345 € eingeplant, für den Neubau des Förderzentrums Erding 400.000 €. Für Straßenbaumaßnahmen sind 1.992.000 € eingeplant, 162.000 € mehr als im Rekordjahr 2011. Die Rücklagenentnahme beträgt 2.553.000 €. Auf Grund der geplanten Zuführung an den Vermögenshaushalt von 1.498.000 € ist eine Kreditaufnahme im Jahr 2012 nicht erforderlich. Die Mindestzuführung, die in jedem Fall erreicht werden muss beträgt 1.000.700 €. Dieses Ziel wird nach neuen Berechnungen auch erreicht. Bezüglich der freiwilligen Leistungen merkt der Vorsitzende an, dass der Kreisverein für Heimatpflege eine Erhöhung von 4200 € auf 6700 € wegen der kostenintensiveren Fassadenpreisverleihung beantragt hat.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Auf Grund personeller Nachbesetzung fand im Jahr 2011 noch keine Fasadepreisverleihung statt, die Veranstaltung wird im kommenden Jahr durchgeführt. Zu der Position „Förderung von Jugendräumen“ liegt ein Antrag der Pfadfinder in Erding zum Bau von Jugendräumen vor. Die Antragssumme ist von 4000 € auf 10.000 € zu korrigieren. Zu den Beschlüssen der verschiedenen Ausschüsse stellt der Vorsitzende fest, dass im Ausschuss für Bildung und Kultur festgehalten wurde, eine moderne Multimediaausstattung an allen landkreiseigenen Schulen anzustreben. Dafür sind Konzepte zu entwickeln. Auf die Anschaffung von veralteter Technik soll weitestgehend verzichtet werden. Allerdings muss klar sein, dass dieses Projekt nicht an allen Schulen gleichzeitig verwirklicht werden kann. Wenn mit einer Schule begonnen wird, sollen die veralteten Geräte dazu verwendet werden, um Ersatzbeschaffungen an anderen Schulen zu vermeiden.

Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt hat empfohlen, die Ausführung von zwei für 2012 geplante Straßenbaumaßnahmen mit einem Volumen von 545.000 € zu überprüfen. Dabei geht es um die ED 13, Deckenbau Hubenstein – Wambach und die ED 23 Sanierung der Brücke über Ambach bei Berging. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, lediglich die Straßenbaumaßnahme ED 13 Deckenbau Hubenstein – Wambach (450.000 €) zu verschieben, da ansonsten die Mindestzuführung nicht erreicht wird. Es ist nicht zulässig, den Vermögenshaushalt zur Stützung des Verwaltungshaushaltes zu verwenden. Die Maßnahme kann natürlich später umgesetzt werden, dabei ändert sich aber nicht die Zuführung zum Vermögenshaushalt und damit gibt es auch keine Auswirkungen auf die Kreisumlage. Durch die Verschiebung der Maßnahme erhöht sich das Investitionsvolumen für Straßenbaumaßnahmen von 1.597.000 € in 2012 auf 4.370.000 € in 2013.

Der Ausschuss für Bauen und Energie hat verschiedene Einsparungen und Verschiebungen in Höhe von 839.000 € beschlossen. Damit ergibt sich eine Reduzierung des Gesamthaushaltes. Zusätzlich ist eine Wirtschaftsförderung für Windkraft in Höhe von 51.000 € zu verbuchen. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt würde dann auf die gesetzliche Mindestzuführung reduziert.

Damit verringert sich die Kreisumlage zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes gegenüber dem versandten Entwurf von 56,35% auf 55,21% bzw. um 1.235.297 €. Gegenüber 2011 erhöht sich damit die Kreisumlage letztlich um absolut 1.741.922€ auf 59.825.50 €. Nachdem die Bezirksumlage um voraussichtlich 1.619.521 € steigt, verbleiben von den Mehreinnahmen lediglich 122.401 € beim Landkreis. Externe Dinge, wie das Krankenhaus spielen eine zentrale Rolle. Der Ausgleich des Defizits bedeutet auch eine Investition in die Zukunft. Seiner Meinung nach sollen die Zeichen auf mehr Qualität, bessere Betreuung und Ausweitung der Leistungen im Krankenhaus stehen, anstatt auf Reduzierungen bei Personalkosten und den Fachbereichen zu setzen. Nach Einarbeitung der Veränderungen beträgt das Gesamtvolumen im Verwaltungshaushalt noch 110.017.000 € und im Vermögenshaushalt 6.380.000 €. Er bedankt sich für die konstruktiven Vorberatungen in den jeweiligen Ausschüssen und bittet, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen. Nach Meinung der Bürgermeister soll die Kreisumlage bei gleichem Hebesatz bleiben, wie im lau-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

fenden Jahr. Deswegen ist die Verwaltung nach wie vor angehalten, Einsparungen vorzunehmen. In den nächsten Tagen werden noch einmal Positionen geprüft und Rücksprachen gehalten um noch etwas Potenzial auszuschöpfen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen im Ausschuss für Bauen und Energie wurde moniert, dass die Honorarkosten für den Umbau des Computerraums am Anne-Frank-Gymnasium zu hoch sind. Die Planungsarbeit kann auch selbst geleistet werden, so dass die Planungskosten komplett entfallen.

Des Weiteren gab es im Jugendhilfeausschuss die dringende Bitte, noch einmal über die Zuschüsse für die Katholische Ehe- und Familienberatungsstelle und Prop e.V. zu beraten.

Kreisrat Peis würde gerne an der Zielsetzung der Bürgermeister festhalten, die Kreisumlage auf gleichem Niveau wie im Jahr 2011 zu halten. Er möchte wissen ob die Änderungen der Ausschüsse für Bauen und Energie und Struktur, Verkehr und Umwelt bereits in den Haushaltsentwurf eingearbeitet wurden. Er hofft, dass die Verwaltung noch weitere Einsparungen vornehmen kann. In den letzten Ausschusssitzungen wurde versucht, die Situation bis ins Detail herunter zu brechen, weil die Belastungen für die Kommunen immer größer werden. Obwohl der Landkreis Erding floriert und viele Gemeinden finanziell gut aufgestellt sind, gibt es auch Gemeinden, die ernste Schwierigkeiten haben, ihren Haushalt zu erstellen. Die Ausgaben sind oft nicht veränderbar, für diese Kommunen soll im Sinne einer Partnerschaft die Möglichkeit geschaffen werden, einen Haushalt zu erstellen und etwas für die Bürger zu leisten. Das Ziel kann nur sein, die Kreisumlage für den Haushalt 2012 so gering wie möglich zu halten. Alle möglichen Einsparungen sollen berücksichtigt werden. Falls sich durch die Schlüsselzuweisung positive Veränderungen für den Landkreis ergeben, sollen sich diese direkt auf die Kreisumlage auswirken.

Der Vorsitzende bejaht, die Änderungen sind bereits eingearbeitet. Die Schlüsselzuweisungen werden wohl nicht mehr bis zur Kreistagssitzung bekannt gegeben. Die Schlüsselzuweisungen können sowohl positiv, als auch negativ ausfallen, die Diskussion kann ins kommende Jahr vertagt werden. Von Seiten der staatlichen Rechnungsprüfungsaufsicht wird aber Wert darauf gelegt, dass die Gemeinden ihre Haushaltspläne rechtzeitig einreichen. Diese Stelle arbeitet unabhängig vom Landkreis. Im Straßenbau werden 3.089.000 € investiert. Der Zuschussbedarf des Landkreises im ÖPNV erhöht sich um eine halbe Million, diese Leistungen werden den Bürgerinnen und Bürgern entgegen gebracht. Insgesamt ergibt sich für Unterhalt und Investitionen bei den Schulen eine Summe von 12 Mio. €, dort wird also der stärkste Akzent gesetzt.

Kreisrat Schmidt betont, dass die über die Kreisumlage finanzierten Maßnahmen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises sind. Durch den Haushaltsentwurf wird sicherlich versucht, den Bedürfnissen der Kommunen gerecht zu werden. Die erheblichen Ausgaben im Bereich Schulen und Bildung sind notwendig und gerechtfertigt. Die Maßnahmen bezüglich der Multimediaausstattung hält er für einen guten Weg. Dort, wo eine moderne Ausstattung gewünscht wird, soll sie auch mit dem



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

nötigen Druck durchgesetzt werden, wo traditionelle Unterrichtsformen gewünscht werden, soll ein Austausch durch gebrauchte Geräte erfolgen. Der Freistaat Bayern muss aber genügend Zeit und Geld für die Fortbildung der Lehrer zur Verfügung stellen. Bezüglich der Straßenbaumaßnahmen merkt er an, dass die Brücken im Freistaat Bayern nach Presseinformationen erheblich in der Kritik stehen. Er möchte wissen, ob es im Landkreis Erding entsprechende Kontrollen gibt und inwieweit diese notwendig sind. Hinsichtlich des Krankenhauses stellt er ebenfalls die Notwendigkeit fest, diesen Defizit ausgleich zu leisten. Bei den freiwilligen Leistungen gibt es sicherlich unterschiedliche Auffassungen, es stehen nach wie vor die Anträge auf Bezuschussung der Kath. Ehe- und Familienberatung und Prop e.V. zur Diskussion. Er wünscht eine Auflistung der Präventionsmaßnahmen, die Prop für die Jugendlichen im Landkreis Erding erbringt. Für diese Maßnahmen, die auch an Schulen durchgeführt werden, soll ein Zuschuss gewährt werden. Er bittet um eine komplette Zusammenstellung der freiwilligen Leistungen, die der Landkreis Erding erbringt. Der Betrag für die Städtepartnerschaft wird erhöht, er bittet, den Antrag des Kreisjugendrings noch einmal näher zu betrachten. Die beantragte Mehrsumme von 4000 € soll berücksichtigt werden, der Kreisjugendring hat auch Personalkosten zu tragen. Die beantragte Summe ist über viele Jahre gleich geblieben, die Kostensteigerungen werden zum Großteil selbst aufgefangen.

Der Vorsitzende erklärt, dass entgegen der ursprünglichen Fassung auf Grund gesteigerter Lohnkosten 4000 € mehr für den Kreisjugendring eingeplant werden.

Kreisrat Schmidt möchte wissen, ob sich die Frage der Asylbetreuung bereits in diesem Haushalt niederschlägt.

Herr Helfer erklärt, dass es sich bei den unbegleiteten Flüchtlingen, die vom Flughafen kommen, um eine Landesleistung handelt. Die Ausgaben erhöhen sich um 1 Mio. €, werden aber gleichzeitig wieder von der Regierung erstattet. Nicht erstattet werden jedoch die Personalkosten.

Der Vorsitzende ergänzt, dass bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schneller Handlungsbedarf für die Mitarbeiter im Jugendamt besteht. Die jetzt von der Regierung von Oberbayern zugewiesenen Asylbewerber müssen ebenfalls untergebracht werden. Weitere werden zugewiesen werden. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie wurde beschlossen, entsprechende Renovierungsarbeiten an der Gaststätte Stiftungshof umzusetzen. Die Räumlichkeiten sind aber insgesamt nicht ausreichend, es wird nach wie vor nach Unterkünften gesucht. Die vorhandenen Angebote müssen auf Auflagen wie Brandschutz etc. geprüft werden. Bezüglich der Kontrolle der Brücken merkt er an, dass für jede Brücke ein Brückenbuch geführt wird. Dabei wird der jeweilige Zustand der Brücke beurteilt. Auch deshalb wird die Maßnahme an der Brücke bei Berging an der ED 13 wieder in den Haushalt eingeplant. Bezüglich der Zuschüsse an Prop e.V. und die Katholische Ehe- und Familienberatung schlägt er eine Beratung in nichtöffentlicher Sitzung vor. Jetzt soll ein Empfehlungsbeschluss gefasst werden, über die beiden Anträge wird später befunden.



Kreisrat Schmidt ergänzt, dass die Ergebnisse während Haushaltsbesprechungen im Kreistag öffentlich besprochen werden.

Kreisrat Gotz meint, dass Diskussionen über die Sparvorschläge zu nichts führen, wenn an den entscheidenden Koordinaten, also der Bezirksumlage nichts verändert werden kann. Er verweist auf S.19 des Haushaltsentwurfes. Die Kreisumlage im Jahr 2007 lag bei 44,5 und nunmehr bei knapp 60 Mio. €, d. h. eine Steigerung von knapp 15,5 Mio. €. Auf S.30 ist die Entwicklung der Bezirksumlage dargestellt, im Jahr 2007 lagen die Ausgaben dafür bei 17,3, im Jahr 2012 bei 26,8 Mio.€, d. h. eine Steigerung um 9,5. Die Botschaft aus dem Gremium muss lauten, dass mit Leidenschaft gerne mehr, z. B. in Bildungseinrichtungen investiert würde, auf Grund der Umlageraritäten aus der Spirale nicht entkommen werden kann. Trotz der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen und Erhöhung des kommunalen Finanzausgleiches durch den Freistaat Bayern, gelingt es in der Abstimmung der Regierungsbezirke nicht, sich durchzusetzen, da diese jedes Mal mit sechs gegen eine Stimme aus Oberbayern ausgeht. Viele Maßnahmen können finanziell nicht mehr dargestellt werden. Seit Jahren fährt er für den Landrat auf die Tagung. Aus dem Bereich der Landräte kommt zu wenig Engagement. Den größte Posten im Bezirkshaushalt von 1,1 Mrd. € stellt die Eingliederungshilfe dar. Jeder Fall in Oberbayern ist ungefähr um ein Viertel teurer als in Franken oder der Oberpfalz. Parteiübergreifend muss an der Höhe der Bezirksumlage gearbeitet werden. In ein bis zwei Jahren steigt die Kreisumlage vielleicht auf 65 Mio. € trotz geringerer Ausgaben wegen größerer Zuführungen an den Bezirkshaushalt. Oberbayern verliert auch ein wenig die Glaubwürdigkeit wenn sich die Landräte oder der Bezirkstag zu wenig mit dieser Problematik beschäftigen. Wenn das einzige Ergebnis des Bezirkstag das ist, dass jetzt keine Zinsen mehr bezahlt werden müssen, ist das traurig. Dann muss aber die Staatsregierung eine Zuteilung auf Einwohner vornehmen oder einen anderen Modus finden. In den nördlich gelegenen Regierungsbezirken liegen die Kreisumlagen bei ca. 40- 41 %, die Probleme liegen im Bezirk Oberbayern.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende betont, dass die beschlossenen Leistungen des Bundes an die Finanzierung gekoppelt werden müssen. Die Gesetze im Sozialbereich müssen von der kommunalen Ebene finanziert werden. Der Bund muss im Aufgabenbereich des Bezirkes finanziell mitpartizipieren. Nur dann kann das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass bei jeder gut gemeinten Tat auch der Haushalt belastet wird. Eine Gesetzgebung fällt immer leichter mit dem Wissen, dass eine andere Ebene bezahlt.

Kreisrat Peis ist der Meinung, dass die Einnahmesituation von Gemeinden in bestimmten Teilen des Landkreises nicht bis ins Endlose gesteigert werden kann. Die Ausgabensituation ist ebenfalls vorgegeben. Es herrscht ein Ungleichgewicht. Der Haushalt kann nicht wie gewünscht, selbst bestimmt werden. Die Situation muss verändert werden, sonst sind viele Gemeinden im Landkreis nicht mehr überlebensfähig.

Der Vorsitzende ist der Meinung, dass natürlich immer an den Stellschrauben, also den Hebesätzen gedreht werden kann. Die Gemeinden haben theoretisch die Möglichkeit, diese nach oben zu schieben. Bei der Grundsteuer sind die Werte festgelegt, es kann ja auch keine Gebiets-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

mehring betrieben werden. Der größte Posten im Verwaltungshaushalt liegt im Bereich der sozialen Sicherung (28,4 Mio. €), das entspricht einem Viertel der Gesamtausgaben. Diese Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe und sozialen Sicherung sind gesetzlich verpflichtend.

Kreisrat Schmidt stellt fest, dass die Anträge für Prop und die Katholische Ehe- und Familienberatung extra abgestimmt werden.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen, daraufhin verliest **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag.

KA/0200-14

Dem Kreistag wird empfohlen, dem Haushaltsentwurf 2012, einschließlich der vorgenommenen Ergänzungen zuzustimmen

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen**

5. Bekanntgaben und Anfragen

5.1. Änderung des Kreisausschussbeschlusses vom 14.03.2011 Vorlage: 2011/0973

Der Vorsitzende teilt mit, dass vorgesehen ist, wieder drei Auszubildende einzustellen obwohl im Haushalt bzw. in den Vorberatungen nur zwei Auszubildende vorgesehen waren. Mit Einverständnis des Gremiums würde eine Ausbildungsstelle mehr geschaffen. Die Nachfrage nach ausgebildeten Verwaltungskräften nimmt von Seiten der Gemeinden wieder zu, obwohl die Ausbildungstätigkeit der Kommunen dankenswerterweise zugenommen hat. Das Personal wechselt aber immer wieder die Arbeitsstelle aus dem Landratsamt zu einem wohnortnahen Arbeitsplatz.

Kreisrat Schmidt merkt an, dass bereits bei früheren Gelegenheiten die Sinnhaftigkeit der intensiven Ausbildungstätigkeit des Landkreises betont wurde. Das ist neben dem Eigeninteresse auch ein Service für die Kommunen. Insofern kann das Vorhaben nur bestärkt werden. Auch im Landkreis Erding steigt die Zahl der Bewohner mit Migrationshintergrund. Er bittet, dies bei der Auswahl der Bewerber mit zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende betont, dass zudem in der Vergangenheit bei der Auswahl auch verstärkt Bewerber mit Behinderungen berücksichtigt wurden, das Verfahren wird auch in Zukunft so gehandhabt.

Für **Kreisrat Lackner** ist das Vorgehen nur zu begrüßen. Der Bedarf wird größer und der Kreis enger. Gerade auf Grund der Flughafennähe und dem hohen Bedarf an Auszubildenden wird festgestellt, dass viele Stellen gar nicht besetzt werden können. Der Landkreis soll deshalb umso mehr zusätzliche Ausbildung ermöglichen. In den Kommunen wird es zunehmend schwieriger im eigenen Bereich auf Personal zurückzugreifen.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen. **Der Vorsitzende** stellt fest, dass im Gremium Einigkeit über das Vorgehen herrscht.



5.2. Anfrage von KR Schmidt wegen Verschiebung von Sitzungsterminen

Kreisrat Schmidt stellt fest, dass in letzter Zeit einige Verschiebungen bei den Sitzungsterminen statt fanden, für die es sicherlich Gründe gab. Er bittet, diese Verschiebungen künftig längerfristiger bekannt zu geben, insbesondere bei Kreistagsitzungen. Für manche berufstätige Kolleginnen und Kollegen ist es schwer, Termine um 14.00 Uhr einzuhalten. Er plädiert eher dafür, etwas Zeit nach hinten einzuplanen. Bei Gemeinde- und Stadtratssitzungen ist das auch möglich, generell sollte der Termin bei 15.00 Uhr bleiben.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Kreisausschusssitzung um zwei Tage verschoben wurde, weil für den Montag eine Verkehrskonferenz mit Bundesverkehrsminister Ramsauer am Flughafen einberufen war, bei der es um Infrastrukturprojekte rund um den Flughafen sowie das Thema Fliegerhorst ging. Er bittet um Verständnis, dass er den Termin selbst wahrnehmen wollte. Am 19.12. wurde ein Termin mit dem Ministerpräsidenten, drei Ressortministern und dem Freisinger Landrat Schwaiger zur Abstimmung der Maßnahmen bezüglich „Sonderlasten müssen Sondermittel bedeuten“ festgesetzt. Beim Thema Haushalt wollte er gern selbst die Sitzungsleitung übernehmen. Zum Thema 14.00 Uhr oder 15.00 Uhr merkt er an, dass bei den letzten Sitzungen bis in die Abendstunden getagt wurde. Ab 18.00 Uhr haben viele Kreistagsmitglieder Verpflichtungen für andere Veranstaltungen. Auf Grund der umfangreichen Tagesordnung und Haushaltsberatung wurde der heutige Termin auf 14.00 Uhr festgesetzt. Er hat für beide Seiten Verständnis und schlägt vor, das Thema noch einmal an anderer Stelle zu debattieren.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Kreisausschusses um 15:50 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Claudia Kirmeyer
Verwaltungsangestellte

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL